

Der Kasse monat. bei zweimal. Auslieferung 7.— M., vierteljährlich 21.— M. u. Zustellungsgebühr, l. d. Ausgabestellen abgeholt Mit. 7.— monatlich, durch ein. ansonst. Zustellungsstellen bei tägl. einmal. Zustellg. 6.— M. u. Bestellgeld, eine ein Post monat. 0.25 M., vierteljährlich 27.75 M., einjähr. Zustellungsgebühr, Bestellungen nehmen alle Postanstalten an. Amts-Zustellungsverzeichnis: Coale-Zeitungs- für unterlangt eingegang. Manu tripe wird keine Coale-Werbe übernommen. Nachdruck nur in. Quotierung, Coale-Zustellung gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140. der Faszeln-Abtg. Nr. 1133 u. 1133, der Bezugs-Abtg. Nr. 1133.

Voale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 gespaltenen 34 mm breite Millimeter velle oder deren Raum 70 Pf., Familien u. kleine Anzeigen pro Seite 8. Legenheitsanmeldungen 40 Pf. Resten die 92 mm breite Millimeterzeile 3.— Mark. Bei Wiederholung ermäßigt l. bef. Anzeigeneinblendungen, inzeigen nehmen an untere Geschäftsstellen u. füllmische Anzeigengruppe. Erstellungszeit: Halle, Erstentwurf tags 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a. Dr. Braunschweig, 17. Heben- u. Geschäftsstelle: Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 228 15.

Nr. 469.

Halle, Freitag, den 7. Oktober 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Das Wiesbadener Abkommen.

Sachleistungen von höchstens sieben Milliarden Goldmark bis 1. Mai 1926. — Das Zahlungsprogramm.

Der Abschluß in Wiesbaden.

Das Kathenau'sche Werk.

Man schreibt uns aus industriellen Kreisen: Am gestrigen Donnerstag traten sich die Weieraufbau-minister Rathenau und Loucheur abermals in Wiesbaden gegenüber, um die letzten Verhandlungen über das französisch-deutsche Wirtschaftsabkommen zu führen und dann den Vertrag zu unterzeichnen. Durch die Unter-schrift sind zunächst nur die beiden Minister persönlich gebunden. Es fehlt noch die Genehmigung des Weierber-stellungsaußschusses (der Reparationskomitee). Und es fehlt noch die Ratifikation, die nicht nicht durch die Par-lamente erfolgen, sondern durch die Kabinette. Der deut-sche Reichstag ist ausgeschaltet, weil das Wiesbadener Ab-kommen nach Auffassung der Reichsregierung keine neuen Verpflichtungen enthält. Leider ist auch die deutsche Öffentlichkeit bei dem Zustandekommen des Aufbau-Ab-kommens vollständig zurückgelassen worden.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages tagte noch am Dienstag unter dem Siegel der Verschwiegenheit. Man hörte nur, daß der deutschnationale Abgeordnete Dr. Helfferich Kritik an Rathenau und seinem Werk übte. Wie sich der Abgeordnete Stresemann zu dem Abkommen äußerte, was der Demokrat Gothein und der Zentrum-svertreter Dr. Spahn für oder gegen den Abschluß vor-trachten, ist in Dunkel gehüllt. Man muß sich vorläufig damit begnügen, daß das Abkommen sich, wie der Reichs-tagungsminister Schöner verriet, im Rahmen des Ver-fasser-Vertrages hält. Das ist ein schwacher Trost.

Das Abkommen ist von weittragender Bedeutung für die deutsche Wirtschaft, einmal wegen der schwindenden Höhe der Summe — Rathenau nannte in der Reichstages-Verammlung des Reichsverbandes der Industrie Aufträge im Gesamtwerte von 7 Milliarden Goldmark, die in 4-5 Jahren verteilt werden sollen — und sodann wegen der auf Rathenau beschriebenen Weges für die Organisation der Sachleistungen. Während die meisten Vertreter der deutschen wie der französischen Industrie darüber einig zu sein scheinen, daß die Interessen beider Länder am besten durch den direkten Kontakt zwischen den beiderseitigen Warentreuhändern und Industriellen im freien Wirtschaftsverkehr gefördert werden, sollen nach den Rathenau'schen Plänen die deutschen Lieferungen als Regel durch einen Spigenverband und die vielge-nannten Leistungsverbände überwacht und von diesen auf die ihnen angefallenen Untergruppen unterverteilt werden. Der freie Wirtschaftsverkehr zwischen den beiden Ländern ist also bei den Sachleistungen in der Regel aus-geschlossen.

Ein abschließendes Urteil über das ganze Kathenau'sche Werk ist erst möglich, wenn das Memorandum vorliegt, das erst nach der Ratifikation durch die Kabinette ver-festlicht werden soll. Bis jetzt kennt man in Deutschland nur den ersten Entwurf des Wiesbadener Abkommens. Er wurde von der Reichsregierung mit guten Gründen zurückgehalten, von der eilfertigen Pariser Presse aber vorzeitig veröffentlicht. Danach bestehen sich die deut-sch-französischen Lieferverträge auf Industriematerial, auf sol-chen Eisenbahnmateriale, auf Viehlieferungen und auf so-lierenlieferungen. In allen 4 Abteilungen sind die Ver-handlungen nicht ganz abgeschlossen gewesen. Loucheur bringt zum Zwecke der endgültigen Festlegung drei Sach-verhandlungen nach Wiesbaden mit und wird während der Konferenz durch eine besondere Telefonleitung mit Paris verbunden bleiben. Ob auch auf deutscher Seite solche Vor-sichtsmassregeln getroffen werden, darüber ist nichts bekannt. Wohl manchmal drängt sich die Frage auf die Lippen, ob man z. B. das Kohlenabkommen in Wies-baden unterzeichnen soll, ehe in Genf die Entscheidung über Obersteileien gefallen ist. Denn davon hängt doch so ziemlich alles ab, was sich auf Weieraufbau im engeren und Weierbergutmachung im weiteren Sinne bezieht.

Das Kathenau'sche Abkommen hat bereits in weiten Kreisen mehr Feinde, als der Reichsregierung zum Weierber-stellen gekommen sein dürfte. Dr. Rathenau hat in verschiedenen öffentlichen Äußerungen immer wieder betont, daß er keine Kriegs- oder Zwangsverträge an-nehmen lassen wolle. Je mehr aber aus dem geheimnis-vollen Kabinett, in denen das Wiesbadener Abkommen ge-braut wurde, durchdringt, desto deutlicher entpuppt sich das Kathenau'sche Werk als ein Rückfall in jenes burokratische Wirtschaftssystem, das dem

deutschen Volke in und nach dem Kriege so schwere Wunden ge schlagen hat, wobei es doch in der Paris gleich-gültig ist, ob die Volkswirtschaft durch die offizielle Reichs-burokratie oder durch eine weniger offizielle Verbands-burokratie gedingelt wird.

Man möchte ja gern etwas hoffnungsvoll in die Zu-kunft sehen; hoffentlich erhält das deutsche Volk durch die endgültigen Abmachungen in Wiesbaden die Möglich-keit dazu.

Das Abkommen Rathenau-Loucheur.

Berlin, 6. Oktober. Minister Dr. Rathenau und Minister Loucheur haben heute in Wiesbaden in Voll-macht ihrer Regierungen das Abkommen über deutsche Sach-leistungen an Frankreich abgeschlossen. Die Unterzeichnung der Nebenabkommen erfolgt voraussichtlich am Freitag.

Selbst bei Redaktionsfälschung wird uns folgende Nachricht über-mittelt:

In dem Wiesbadener Hauptabkommen befinden die beiden Regierungen ihren Willen, den Weieraufbau der zersplitterten Gebiete Nordfrankreichs durch Weier-ferung bzw. Weierstellung von Christungs- und Betriebsgegen-ständen und von Baustoffen in möglichst großem Umfange zu erleichtern. Es handelt sich mithin um Sachleistungen im Sinne der Anlage IV des Teiles 8 des Friedensvertrages. Die Durchführung der Weierleistung soll auf beiden Seiten durch private rechtliche Organisationen erfolgen. Die Weierleistung der deutschen Organisation laufen neben denen des Reichs aus Anlage III (Schiffe), Anlage V (Kohlen und Kohlenprodukte) und Anlage VI (Arbeitsstoffe und chemisch-pharmazeutische Pro-dukte) zu Teil 8 des Friedensvertrages zu dem Verfahren der Anlage IV zu Teil 8 des Friedensvertrages kann nach einer Abmündungsfreie von einem Jahr zurückgesetzt werden. Die deutsche Regierung darf jedoch diese Abmündung frühestens am 1. Mai 1923 für den 1. Mai 1924 ausüben.

Für die Weierleistung aus dem Abkommen gilt die Ein-schränkung, daß sie Frankreich lediglich für Zwecke des Weieraufbaues verwenden darf. Die zugunsten Deutsch-lands bzw. der Weierleistungsorganisation auf Grund des Ab-kommens entstehenden Kredite und die dieser Organisation gehörigen, in Frankreich befindlichen Waren und Wertpapiere sind in Paragraph 18 der Anlage II zu Teil 8 des Friedensvertrages vorgezeichneten Zugriff Frankreichs entzogen. Zu den Weierleistungen ist die deutsche Organisation nur insoweit verpflichtet, den Wert der Sachleistungen in sachlich-technischer Deutlichkeit, den Bedingungen seiner Rohstoffver-forgung und den inneren Bedürfnissen seines sozialen und wirtschaftlichen Lebens vereinbar sind. Der Gesamtwert der Weierleistungen auf Grund der Anlagen III, V und VI zu Teil 8 des Friedensvertrages und der Weierleistung auf Grund des Abkommens soll

bis zum 1. Mai 1926 sieben Milliarden Goldmark

nicht überschreiten. Die Weierleistungen sollen erfolgen durch unmittelbare freie Vereinbarung der deutschen und franzö-sischen Organisationen. Für den Fall, daß eine Verein-barrung nicht zustandekommt, ist zwischen vorgenannten man-dantes banales und den vorgenannten mandantes spezielles zu unterscheiden. Unter ersteren werden Waren fungibler Art wie Holz, Glas u. dergl. sowie Getreidegegenstände ver-standen, unter letzteren solche Waren, bei denen es dem Weiersteller auf den besonderen Charakter des Einzelstückes an-kommt, wie industrielle Einrichtungen, Maschinen usw. Bei dem Banalmateriale entscheiden bei Nichtzustandekommen einer Vereinbarung eine Kommission über Weierleistungsmöglichkeiten und Preis, Transport-, Weierungs- und Abnahmebedingungen endgültig. Die Kommission setzt sich zusammen aus drei Weiergliedern, einem Deutschen, einem Franzosen und einem dritten gemeinsam bestimmten oder vom Schweizer Bundespräsidenten ernannten Weier. Für die Weierleistung, soweit sie nicht in freier Vereinbarung erfolgt, soll alle in Frage kommenden Gegenstände auf, das ungefähr dem normalen französischen Verkaufspreis des be-treffenden Gegenstandes abzüglich der französischen Zollgebülte und der Transportkosten des betreffenden Weierwertjahres ent-spricht. Ist der in dem Weierwertjahres erhellte Preis niedriger als der Preis für die gleichen Waren in Deutschland, so ist Deutschland nur verpflichtet zu liefern, soweit diese Preisdifferenz nicht größer ist als 5%. Der Wert dieses Weierwertjahres kann wiederum höchstens 5% des Gesamt-wertes der Weierleistungen des betreffenden Jahres betragen. Somit für Spezialmateriale eine Verhandlung nicht zustande, so kann die französische Regierung auf das Weierwert-jahre nach Anlage 4 zu Teil 8 des Friedensvertrages zurück-greifen, jedoch nur, soweit die Gegenstände in dem an Deutsch-land früher übergebenen Listen bereits enthalten sind. Die Zahlungen an die deutsche Weierleistungsorganisation geschehen

durch die deutsche Regierung. Dieser wird der Wert der Weierleistungen auf Reparationskonto gutgeschrieben. Dabei unter-scheidet das Abkommen drei Zeitabschnitte, bis zum 1. Mai 1923, bis zum 1. Mai 1923 und die Folgezeit. Die Weierleistungen im ersten Zeitabschnitt werden Deutschland nicht im vollen Werte, sondern nur mit 35 Proz. des Wertes gut-geschrieben. Beträgt der Wert der Weierleistungen aus dem Ab-kommen in einem Jahre weniger als eine Milliarde Goldmark, so werden in diesem Jahre 45 Proz. des Wertes dieser Weier-leistungen gutgeschrieben. Der Höchstbetrag, den Deutschland in einem Jahre einschließlich der Weierleistungen aus Anlagen III, V und VI zu Teil 8 des Friedensvertrages gutgeschrieben werden darf, ist eine Milliarde Goldmark. Der Betrag des in den einzelnen Jahren nicht gutgeschriebenen Wertes der Weierleistungen trägt einjährige Zinsen zu 5 Prozent.

Am 1. Mai werden die Weierbeiträge zusammengerechnet. Die so gemommene Summe ist in jein gleichen Zeitabschnitten bis zum 1. Mai 1926 nebst den fällig werdenden einfachen Zinsen gutzuschreiben. Bei den Weierleistungen vom 1. Mai 1926 ab wird grundsätzlich der volle Wert (nicht nur 35 Pro-zent bzw. 45 Prozent) gutgeschrieben, jedoch darf die jähr-liche Guthchrift einschließlich der fälligen Zinsen aus dem Weierbeiträge der Zeit vom 1. Oktober 1921 bis zum 1. Mai 1926 zusammen mit dem Wert von Weierleistungen aus den Anlagen 3, 5 und 6, soweit sie nicht bis dahin erledigt sind, auch jetzt eine Milliarde Goldmark nicht überschreiten. Beträgt der Gesamtwert der Weierleistungen einschließlich der Nichtausführung der Anlagen 3, 5 und 6 bis zum 1. Mai 1926 mehr als 7 Milliarden Goldmark, so ist der über-schüssige Betrag innerhalb dreier Monate ab 1. Mai 1926 Deutschland voll gutzuschreiben, ohne Rücksicht auf die Rege-lung der sonstigen Guthchriften.

Am 1. Mai 1926 ist wiederum festzustellen, welche Weier-träge etwa Deutschland noch gut hat. Dieser Saldo ist nebst 5 Prozent Zinsen und Zinseszinsen in die Halbjahresraten 1926 und 1927 abzutragen. Alle Guthchriftbestimmungen gelten mit der Anteil Frankreichs, 52 Prozent, an den gemäß Artikel 4 des Londoner Zahlungsplanes zur Verteilung unter die Weierleistungen gelangenden deutschen Annuitäten.

Som 1. Mai 1926 ab kann Deutschland aus Weierleistungen abziehen, soweit durch ihre Ausführung der von Frankreich in einem Jahre überhörsenfalls gutzuschreibende Betrag 52 Prozent der Annuitäten überschritten werden würde.

Die Regierungsbildung in Preußen.

Die interfraktionellen Verhandlungen der vier Par-teien, die über die Regierungsbildung in Preußen un-tennommentreten sind, wurden gestern früh fortgesetzt. Ein Ab-schluß ist noch nicht erzielt worden, doch hat sich in den Verhandlungen, die über die Einigung in einigen grundlegenden Fragen ergeben. Die Verhandlungen sind im übrigen für Freitag vertraulich erklärt worden. Sie werden im Laufe der Woche fort-gesetzt.

Besprechungen bei Stegerwald.

In den gestrigen Besprechungen über die Umbil-dung des preußischen Kabinetts beim preußi-schen Ministerpräsidenten Stegerwald nahmen außer dem Landtagspräsidenten Leinert laut W. Z. vom Zentrum die Abgg. Herold, Stieler, Braun, von den Demokraten Deier, Janßen und Schreiber, von der deutschen Volkspartei die Abgg. von Krenze, von Campe und Leibig, von den Sozialdemokraten Bar-tels, Stiering, Limberg teil.

Schule und Finanzno.

Auf eine kleine demokratische Anfrage hat der preußi-sche Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung be-stätigt, daß er bei der Finanzverwaltung die Einstellung der Mittel für 20 neue Kreis- u. Kreisstellen in den Staatsbahndienstplan für 1921 beantragt hätte, um die dringenden Bedürfnisse des Volksdienstes aus zu befriedigen. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage der Staats-finanzen, die nach dem Beschluß des Staatsministeriums vom 12. November 1920 die Entrichtung neuer Beamten-stellen nicht zuläßt, hat die Einstellung dieser Mittel unter-bleiben müssen. Den dringenden Wünschen der Unter-richtsverwaltung ist dadurch Rechnung getragen, daß die fünf Kreisrichterstellen aus der an Dänemark gefallenen ersten Zone Nordbalticums aus neue in den Haushalts-plan für 1921 eingestellt worden sind. Hierdurch wird es möglich sein, zunächst den dringenden Bedürfnissen ge-nügend zu werden und einige große Aufwandsgebiete zu teilen, wobei möglichst auch der Aufwandskreis Stegen berücksichtigt werden soll.

Zulagen für Beamte und Lehrer in den Aufstufungsgebieten Oberösterreichs

Der preussische Finanzminister hat auf eine kleine Anfrage der demokratischen Abge. Barteld und Herrn an in geantwortet, dass die von der preussischen Staatsregierung an die preussischen Behörden erzwungenen Aufstellungen über die Gewährung von Zulagen und Zuschlägen an Beamte und Lehrer in den Aufstufungsgebieten Oberösterreichs den von der Reichsregierung befolgten Grundsätzen entsprechen. Den Gemeinden und Gemeinbezirken ist mitgeteilt worden, dass ihnen, wenn sie ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern im Aufstufungsgebiet eine gleiche Lohnzulage gewährt, 30 Proz. vom Reize erstattet werden.

Ueberleitung der Reichseisenbahnen in privatwirtschaftlichen Betrieb

Wie wir aus dem Reichsverkehrsministerium erfahren, trifft es zu, dass in der in dieser Woche stattfindenden Besprechung der Eisenbahndirektionspräsidenten sowie im Laufe des Monats Oktober in der Sitzung des Sachverständigenrats beim Verkehrsministerium die Frage Reichseisenbahn oder Privatbahn zur Erörterung gelangen wird. Beide Besprechungen aber werden linear bestehende Charakter tragen, sondern sollen sich vielmehr als einfacher Sachverständigen-Meinungsaustausch dar, durch den das überaus schwierige Problem der eventuellen Ueberführung der Reichseisenbahnen in privatwirtschaftlichen Betrieb einer sojournen akademischen Erörterung unterzogen werden soll. Zugewandte bindende Beschlüsse werden auf diesen Besprechungen daher nicht gefasst werden, wohl aber werden sie dazu dienen, dem Reichsverkehrsminister wertvolles Material für die Beurteilung der Frage der Privatierung unserer Eisenbahnen an die Hand zu geben, die, wie mit Sicherheit zu erwarten ist, beim Etat des Reichsverkehrsministeriums im Vordergrund der Diskussion des Reichstages stehen wird.

Ausländische Goldkredite für Deutschland.

Der Beschluss des Reichsverbandes der deutschen Industrie vom Reize durch Herabgabe einer Goldanleihe auf die Schwere der deutschen Kreditverhältnisse zu helfen, hat bereits zu direkten Verhandlungen zwischen ausländische Finanzgruppen geführt. In erster Linie sind Offerten aus den Vereinigten Staaten eingetroffen. Die Union ist durch die eigene industrielle Krise genötigt, für sein Kapital Unterbringungsstellen im Ausland zu suchen. Natürlich rechnet man in Amerika gleichzeitig damit, durch die Goldkredite die deutsche Markt zu heben und sie dann zu stabilisieren. Denn nur, wenn das gelingt, kann Amerika darauf rechnen, Deutschland für seine Rohstoffe, Nahrungsmitteleitern und Erzeugnisse wieder aufnahmefähig zu machen. Die amerikanischen Kreditangebote verhalten also nicht nur die Unterbringung des amerikanischen Goldüberflusses, sondern gleichzeitig die Hebung der Industriekrisis der Vereinigten Staaten. Ob es allerdings möglich sein wird, Deutschlands Kaufkraft durch die Gewährung von Goldkrediten allein zu stärken, darf noch als fraglich gelten. Man möchte darüber hinaus unsere finanziellen Verpflichtungen, wie Churchill sagt, auf präzisere Dimensionen herabziehen. Zu diesem Zwecke wäre es zuvor nötig, die interalliierten Schulden zu klären oder doch mindestens klar zu legen. Hier freilich Amerika der Hauptkreditgeber, da allein England und Frankreich ihm rund 7 Milliarden Dollar schulden. Wieser hat die Union noch nichts davon wissen wollen, diese Schuldverpflichtungen zu zerlegen. Die Weltgeltung wird also noch große und mühe Entschlüsse erfordern, aber man darf hoffen, dass schon die Bereitwilligkeit Deutschlands industrielle und landwirtschaftliche Schwäche zu beheben, endlich der Weltmarkt seine Einhalt gebietet wird. Es wird freilich notwendig sein, bei diesen Goldkrediten sich nicht ausschließlich auf amerikanische Bankgruppen zu stützen, sondern auf alle Länder mit Goldüberschuss dafür heranzuziehen. Sie haben alle ein Interesse daran, Deutschland und Mitteleuropa wieder kaufkräftig zu machen.

Zusammentritt der internationalen Finanzkommission.

Wie Journal Industrielle mitteilt, ist gestern in Paris das internationale Finanzkomitee der internationalen Handelskammer zusammengetreten. Das Komitee hat auf dem letzten Kongress der internationalen Handelskammer in London im vergangenen Juli den Auftrag erhalten, den verschiedenen Ländern Vorschläge über eine Konvention der deutschen Reparationsfonds zu machen und den Einfluss des gegenwärtigen Standes der Schulden der Alliierten auf dem internationalen Weltmarkt zu untersuchen. Das Komitee wird sich auch mit der Frage der Saftlieferungen beschäftigen.

Late Jonescu in London.

Der rumänische Minister des Äußeren Late Jonescu, der zu einer Besprechung mit Lloyd George und Lord Curzon in London eingetroffen und am Abend über Paris nach Bukarest zurückgekehrt ist, erklärte einem Vertreter des Reuters Büros, dass Kleine Entente würde die Wahrung des Vertrages von Trianon nicht gestatten.

Was geht in Tirol vor?

In Tirol scheinen sich politische Ereignisse vorzubereiten, die, wenn sie die Ausmaße annehmen, die man nach den einlaufenden Meldungen vermuten muß, das Land in die ärgsten Unruhen stürzen könnten. Den Boden für die in ihrem Umfang noch nicht ganz klar erkennlichen Bestrebungen bildet das in Tirol schimmernde denn in den übrigen Ländern Oesterreichs herrschende Sozialismus. Die österreichische Krone ist ein so schwankender Begriff geworden, daß die Spekulation wagt, diesen Degen feiert, während das Volk immer tiefer in Not und Elend versinkt. Dabei ist der letzte Versuch auf dem Boden der Sozialbewegung noch lange nicht erloschen. Gerade in den letzten Tagen setzte wieder eine Heule ein, wie sie bisher noch nicht dagewesen ist. Länderarbeiten sind bis auf die unwahrscheinliche Höhe von 9400 gestiegen. Hand in Hand mit

dieser ungeheuren Steigerung aller Lebensmittelpreise. Amerikanische Getreidefleisch stellt sich nach dem neuen Dollarkurs auf 1000 Kronen für das Kilogramm. Unter diesen Verhältnissen hat sich das österreichische Ernährungsministerium veranlaßt gesehen, die factische Fleischbeschaffung einzustellen, da der Staat zu jedem Kilogramm Fleisch eine Zuzahlung von über 600 Kronen zu leisten hätte. Es ist nicht verwunderlich, daß sich der österreichischen Bevölkerung allmählich eine Stimmung bemächtigt hat, die nicht an die Verzweiflung grenzt. Das Volk weiß nicht mehr, wovon es leben soll, da ihm einerseits das Geld fehlt, und andererseits von reichen in- und ausländischen Kapitalgebern alles Erreichbare ausgelastet wird.

Von diesen ausländischen Kapitalisten wird das unglückliche Tirol ganz besonders bedrängt, insofern die Tiroler Bevölkerung eine große Erregung ergriffen hat. Diese Erregung ist nun von der Landesleitung der tiroler Heimatwehren zu einer wüsten Hege unter der Parole: Los von Wien! mißbraucht worden. Man reißt dem Volke ein, daß mit einer Lösung von Wien des Balutalente mit einem Schläge aufhöre und das durch die jahrelangen Unterdrückungen zermürbte Volk ist leider nur zu geneigt, diesen demagogischen Verlockungen zu folgen.

Um der Erregung dieser Bewegung keinen die „Christlichsozialen“ Dr. Seidel und der Bundeshauptmann Hauer, die durch die Vermittlung des früheren stellvertretenden Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehren, K. A. Ziegler, enge Beziehungen zu den bayerischen realistischen Kreisen unterhalten. Nach einer Meldung, die dem Vortwärts aus unterrichteten Wüdnener Kreisen zugeht, dienen diese Beziehungen dazu, um Waffen von Bayern nach Tirol zu verschleusen, da die Selbstwehrverbände in Tirol ein ungehöriges Leben führen, während sie in Bayern verboten sind. Ueber die Ziele der Bewegung ist bereits im österreichischen Landtag debattiert worden. Der Landeshauptmann Hauer ist dort offen für eine Ablösung Tirols von Oesterreich und den Anschluss an Bayern eingetreten. Den Ausführungen Hauers ist besonders von sozialdemokratischer Seite entgegengetreten worden, für die Landeshauptmann Gruber erklärte, daß die Sozialdemokraten den Bund als eine Einheit betrachteten, für die eingetreten sie gemittelt seien. Auch die Sozialdemokraten seien für einen Anschluss Oesterreichs an Deutschland, aber dieser Anschluss dürfe sich nicht länderweise vollziehen und nicht ein Sonderbündnis zwischen dem Deutschen Reich und Bayern sein. Die Sozialdemokraten träten für ein ungeteiltes Österreich ein, solange es nicht in der allgemeinen deutschen Republik aufgehe. Lieber österreichisch werden als bayerisch werden! Lieber noch einige Jahre Oesterreichs Unglück mitmachen, als in der Reaktion, die sich jenseits des Inn breit mache, zu verfallen.

Der Landeshauptmann Gruber hat mit diesen Worten das Problem nur angedeutet, denn nach einer Zuschrift, die der Verl. Fortsetzung aus eingetragenen Kreisen zugeht, gehen die Ablösungs-Bestrebungen erheblich weiter. Sie zielen nicht nur auf eine Vereinigung Tirols mit Bayern ab, sondern ihr Hauptzweck ist die Errichtung eines katholischen Königiums, in dem Bayern und Ungarn zusammengeschlossen und dem Tirol als der erste Teil Oesterreichs angegliedert werden soll. Der Akt würde dann nachfolgenden. Der Aufsticht des ehemaligen Königs von Bayern wird mit diesen Vätern in Zusammenhang gebracht und auch dem französischen Gonderglaubten in München, Herrn Emil Darb, wird eine gewisse Rolle in diesem Spiele zugeschrieben.

Man muß diesen Kombinationen gegenüber, denn um etwas anderes kann es sich nicht noch nicht handeln, als Reserve behalten. Aber es läßt sich auch nicht leugnen, daß es sich hier um eine Bewegung zu handeln scheint, die die größte Aufmerksamkeit der verantwortlichen Stellen in Berlin, Wien und München verdient. Denn man kann den Verdacht nicht von der Hand weisen, daß die in Rheinland so glänzend gescheiterte Abrennungspolitik der Franzosen sich hier ein anderes Objekt gesucht hat, an dem der Versuch wiederholt werden soll.

Preussischer Landtag.

51. Sitzung.

Das Haus legt die Beratung des Handelsrats fort. In Verbindung damit wird die große Anfrage des Abg. Knoth (Komm.) über die Stilllegung der Schächter Farzwerte, der Electronwerke zu Giesheim und der Kunstseidefabrik Krefeld, abgelesen.

Abg. Meyer-Ostereichen (Komm.) beantragt für die Opfer von Oppau fünf Millionen Mark zu bewilligen und diesen Antrag heute mit zur Beratung zu stellen. Die Kosten könnten durch entsprechende Kürzung der Ausgabenposten für die Schutzpolizei aufgebracht werden. Auch für die Not in Compturhand stellen wir den gleichen Antrag.

Ein Zentrumsabgeordneter beipflichtet den auf Sowjetrußland bezüglichen Teil des Antrages. Abg. Steinig (S.) weist darauf hin, daß die Hauptredner schon gesprochen und sich zu dem Antrag betr. Oppau nicht mehr äußern könnten. An der Sache seien alle Parteien für den Antrag. Man müsse diesen daher besonders auf die Tagesordnung setzen.

Damit ist der Antrag Meyer zunächst erledigt. Abg. Knoth (Komm.) begründet seine Interpellation und greift Sauss und Regierung wegen nicht rechtzeitiger Unterbrechung der Oppauer Opfer an. Aber das solle ins kapitalistische System genau wie die wüßliche Ausbeutung der Arbeitszeit und die schmachvolle Verhinsungsdeter. Da Redner den Handelsminister Fröhlich einen Subjekt des Reichstages nennt, fordert der Präsident auf, sich zu äußern. Hr. Redner fortsetzt, dem Minister wissenliche Unwohlsein vorzuerzählen, erhält er einen Ordnungsruf.

Abg. Ulmer (U.S.): Eine Vertretung der Regierungspolitik nach rechts gefährde eine Revision des Versailler Friedens ebenso wie eine bedrückende Regulierung der ökonomischen Frage. Auch wir verfolgen die Wiesbadener Verhandlungen mit großem Interesse und erwarten davon in erster Linie eine Berücksichtigung des deutschen Handwerks. Wir hoffen, daß der Minister unsern in Reichstag einbrechenden Antrag auf Bekämpfung des Währungsverfalls unterstützen wird.

Lea Zuschlagentragen (Komm.) Redner im allgemeinen zu. Die Gewährung des Promotionsrechtes an die Handelschule Berlin lehnt er ab.

Abg. Hartmann (Dem.) schildert die sozialpolitischen Aufgaben des preussischen Handelsministeriums und hofft auf die Unterstützung des Ministeriums durch alle, die es gut mit unserm Volk meinen. Auch der Antrag der Sozialisten, den Antrag nicht zu ratifizieren, fordert aber, daß er nicht voll ausgenutzt wird. Dem Oppauer Antrag der Kommunisten schenken wir ab, weil er agitatorischen Zwecken dient.

Damit schließt die Besprechung. Der unabhängige Antrag über letzten Ausbau des Saab, Fortbildungs- und Gewerbebeschulung wird mit den Stimmen von rechts und links gegen die Mitte angenommen. Die Sache über freie Schule und freie Gehaltsmittel werden abgelehnt. Die Handelsbewilligungen des Ausschusses für Beamtenstellen im Handelsministerium werden angenommen. Die Streichung des Beschlusses für die Unterhaltungsstellen für die Berufsämter auf 20 Millionen Mark wird angenommen. Der unabhängige Antrag, die Kosten der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung von auf 2 Millionen zu erhöhen wird abgelehnt. Die Unterbrechung in Breslau, Köln, Frankfurt und Königsberg mit je 2 1/2 Millionen Mark wird angenommen, ebenso die Zuschüsse von fünf Millionen Mark für Haushaltungsschule. Im übrigen werden die Anträge des Ausschusses unverändert angenommen, darunter diejenigen über die Heranziehung entsprechend vorgedienter Frauen als Beamte im Handelsministerium. — Das selbständige Promotionsrecht der Berliner Handelshochschule, ein Freibrief im Königsberger Saab, den Ausbau von Emben und die Oerregulierung. Der Antrag Braun (Soz.) in der Bundesantragsliste für entsprechende Vertretung der gewerkschaftlichen Organisationsorgane, wird angenommen. Der Schulbuchausgleich wird abgelehnt.

Der Antrag Dr. Grund (Dem.) auf Verbesserung der Unfallversicherungsbestimmungen aus Anlaß des Oppauer Unfalls wird angenommen. Der deutschnationale Antrag wegen Ausbaus des Elbinger Hafens geht an der Tagesordnung. Die Interpellation wegen der Stilllegung der Betriebe wird für erledigt erklärt. Damit ist der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung erledigt.

Der Etat der Mängelverwaltung wird nach kurzer Debatte erledigt, ebenso derjenige der Porzellanmanufaktur zu Berlin mit einer Erhöhung der Ausgaben für Erweiterungsbau von 20 000 auf 100 000 Mark, der Etat des Gefängniswesens und der Etat des Reichsangelegers.

Franz Wegscheide (Soz.) führt Frage über den mangelfähigen Parlamentarismus im Staatsangelegen, zumal doch die jüngsten Verträge erzielende Deutsche Allgemeine Zeitung durch die Staatsanträge subventioniert wird.

Abg. Meyer-Ostereichen (Komm.) greift das W. T. B. an, dessen Berichterstattung im Reichsangelegen zum Abbruch gelange und das noch heute hochgradig bringe. Seine Berichterstattung sei vielfach gerodet, falsch, z. B. die aus englischen Wärdern zum Teil mangelhaft, wie z. B. die Wiedergabe der Direktorenmeldungen von Oppau.

Beim Etat der Lotterieverwaltung beantragen die Kommunisten die Einstellung der Lotterie oder Verwendung ihrer Einnahmen für wohltätige Zwecke. Ein Antrag des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten vor den Präsidenten als häufig wiederholt werden. In deren Verlauf ein Regierungsvertreter für die Beibehaltung des Präsidenten eintritt, da eine so große Bevolzung nicht ohne Spitze sein könne, wird der kommunistische Antrag abgelehnt. Der andere Antrag wird bis zur dritten Lesung ausgesetzt und der Etat der Lotterieverwaltung angenommen.

Abg. Schulze-Naumburg (Komm.) erhebt einen Ernennungsruf, weil er die Lotterie als Schwindelunternehmen des geizigen und des Staatskommissar Weismann schwer beleidigt.

Morgen Vormittag 11 Uhr kleinere Vorträge und Anträge sowie Volksanfrage.

Deutsches Reich.

Der preussische Landtag wird bis zum 22. Oktober zusammenbleiben. Am den Ausschüssen die Möglichkeit zur Arbeit zu geben, wird er sich dann auf etwa 10 Tage vertagen und dann seine Arbeiten wieder aufnehmen.

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss des Reichstages hat sein Büro von Unter den Linden 78 nach Berlin NW 7, Bismarckstraße 2, Treppen, verlegt. Alle Zuschriften werden dorthin erbeten.

Der Reichspräsident empfing den neuernannten polnischen Gesandten Dr. von Madachy für Entgegenkommen seines Beglaubigungsdokuments. Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rosen war bei dem Empfang zugegen.

Untersuchungsausschüsse auf Reisen. Der vom Reichstag eingesetzte Ausschuss zur Untersuchung der Katastrophe in Oppau wird am 6. Oktober in Ludwigshafen zusammenkommen. Der Untersuchungsausschuss über das Unglück an der G. R. u. b. M. O. C. in am 6. Oktober in Sodingen in Westfalen.

Die Abgeordneten des Saarereviers haben den beim Wählerbund tätigen Freireisendern auseinandergesetzt, daß die gewalttätige Einführung der Frankenwährung dem auf den Abfall nach Deutschland angewiesener Lande nicht wider zu machen. Schäden zufügen würde. Die von Frankreich trotz des Widerstandes der Bevölkerung verordnete Währung soll dazu dienen, das Gebiet vom Mutterlande zu scheiden und die französischen Ausbeute zu fördern.

Der bekannte Anthroposoph Steiner, der mit dem gleichfalls so wohlwollenden Generalstabsoffizier von Wladimir, hat einen Vertreter des Reiches, Martin, allerlei erzählt, was in den noch nicht veröffentlichten Memoiren Wolkes stehen soll. Die Bedeutung der Mitteilung wird erst zu würdigen sein, wenn festgestellt, wie weit der französische Artikel mit Steiners Mitteilungen wirklich übereinstimmt. Es muß jedoch schon jetzt ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß ein Kronrat in Potsdam weder der Sache noch der Form nach stattdessen hat und daß der Schließende Teilungsplan niemals einen Durchbruch durch Holland vorlag.

Auslands-Rundschau.

Die französische Delegation für Washington. Paris, 6. Okt. (Eg. Drahtnachricht). Die französische Delegation für die Abrüstungskonferenz in Washington ist im letzten Ministerrat endgültig zusammengestellt worden. Sie besteht aus: Briand, Ricani, Jusserand, Saraut und Bertelot.

die die
Börse
Biele
beleg
den
Gefähr
Jema!
Es
Wahr
der Gr
Leon
hätte, n
in Jem
Wit
hond J
die Be
die Be
ironisch
„Sch
Garten
her nicht
Leon
verpakt!
doch eig
und ihre
Frage he
„Ja
Ich mach
Zurück
Rambold
Schrift n
„Was
Frühe in
Isther?
„Rein
ganz aus
„Ab
„Dein
„Trill
„Und
holte Ede
hätte ein
mann, in
traficher
Ba m. n.
ber impon
e an, r
e in bit
„Ber
„Ja
die Cour
„Kam
bismal n
Belami
(Copyrig
35. Bonies
Margri
richte sic
e an, r
e in bit
„Ber
„Ja
die Cour
„Kam
bismal n

Zuge der Wiederaufnahme der Arbeit an bis zum Antrittstreten der durch das Tarifamt noch schwebenden Feuerungsanlagen am 12. Oktober männliche Arbeiter über 18 Jahre täglich 7 Mark, alle anderen Beschäftigten 4,50 Mark erhalten. Ueber die spätere Verrechnung dieser Zahlungen entscheidet das Tarifamt. Der Schiedspruch ist sowohl von Arbeitgeber- als auch von Arbeitnehmerseite anerkannt worden.

Dranienbaum, 5. Okt. (Ein fetter Freitag) ist am 6. Oktober dem Kommissionsrat Otto Gaubitz, Ehrenbürger von Dranienbaum, (88 Jahre alt) und seiner Ehefrau Emilie (85 Jahre alt) beizulegen: der Tag der Diamanten Hochzeit.

() Königstode (Sühner), 4. Okt. (Ein Zigeunerfest) veranstaltet vom heiligen Surichen und den beiden Schützenvereinen bildete am vorigen Sonntag, als ein Entendatfest, begünstigt vom herrlichen Herbstwetter, eine Volksbelustigung eigener Art. Sowie Fremde hatten die Strohen unseres Harzbockens lange nicht gesehen. Vom Surichener in war eine etwa aus 40 sehr nett gekleideten Personen bestehende Zigeunerbande zumangewandert. Die um 1 Uhr mit fünf originellen Wagnern vor dem Schützenfesten Gassenhau "Hut" machte und ein reges Wettschiff mit Dorfe entwickelte. Das Raubes zweier Jungfrauen verbot, es, es, die Ban-e die flucht nach dem wundervollen Gelände der Staurhofweiden im nahen Wippetal. Die Verfolgung wurde sofort von beiden Schützenvereinen aufgenommen. Mit flingendem Spiel zog auch die taunendbüßige Zuschauermenge mit ihnen hinaus, nun entfaltete sich dem Zuschauer ein buntes Bild eigener Art - Zigeunerlager, lustige Tänze auf sonnig weite, harte Bedrängnis der Bande durch die von zwei Seiten sprunghaft vorrückenden Verfolger, Raubenschieße, Pistolenschüsse, Verletzung der Entführer, Abbau ihrer Strohhütten, - dann friedliches Beisammensitzen bei Rongertmüll und erfrischenden Getränken und endlich ein fröhlicher Feinszug füllten die Nachmittagsstunden in abwechslungsreicher Weise aus.

Altenburg, 5. Okt. (Die Nähmaschinenfabrikation), die wohl der wichtigste Industriezweig unserer Stadt ist, kann nun auf ein halbes Jahrhundert ihrer Einführung in Altenburg zurückblicken. Das geschah 1871 durch S. D. Dietrich, Hermann Köhler und Wilhelm Meißner, die gemeinsam einen Fabrik hier gründeten. Später haben sie sich in friedlicher Weise getrennt und eigene Fabriken ins Leben gerufen, die alle drei zu hoher Blüte gelangt sind. Sie beschäftigen eine jede Hunderte von Arbeitern und Angestellten.

Kunst und Wissenschaft.

Wiederaufnahme der Oberammergauer Passionsspiele. Die berühmten Oberammergauer Passionsspiele, die seit 1910 nicht mehr stattgefunden haben, werden im nächsten Jahre wieder aufgenommen werden. Es sind folgende Daten für die Abhaltung der Spiele festgesetzt worden: Im Mai am 14., 25. und 28.; im Juni am 4., 11., 18., 25. und 29.; im Juli am 2., 6., 9., 13., 16., 23., 26. und 30.; im August am 2., 6., 9., 13., 15., 20., 23., 27. und 30.; im September am 3., 10., 17. und 24.

Georg Hermann, der Verfasser der Hühner Romane "Neilsen Gletscher" "Hellerle Jacoby" und "Der Herr der berberleitet Erdgüllenswerter" beschied am 7. Oktober dieses Jahres seinen 50. Geburtstag. Als Festgabe zu dem Tage werden seine beiden Romane "Die Nacht des Doktor Herzfeld" und "Schnee" unter dem Gesamttitle "Die Nacht des Doktor Herzfeld" in einer unabhängigen Ausgabe (1. Teil: "Die Nacht des Doktor Herzfeld", 2. Teil: "Schnee") bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart zur Ausgabe gelangen.

Der Rektor der Universität Königsberg. Die Universität Königsberg ist eine der vier Provinzialuniversitäten, an denen die Geschäfte des Universitätsrektors nebeneinander geführt werden. Wie aus einer Antwort des Preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung auf eine kleine bemerkliche Anfrage zu erhellen ist, wird beschlossene, die bisher nebeneinander in eine hierarchische und in eine verordnete. Zwischen den beteiligten Ministerien wird über die Frage verhandelt, bei den Beratungen über den Staatshaushalt 1922 wird nähere Auskunft gegeben werden können.

Schopenhauer-Gesellschaft. Die diesjährige Generalversammlung der Schopenhauer-Gesellschaft, die nach dem Tode ihres Begründers Paul Deussen ihren Sitz nach Frankfurt a. M. verlegt hat, findet vom 15. bis 17. Oktober in Frankfurt a. M. statt. Folgende Vorträge sind angemeldet: Geheimrat Professor Dr. von Straßler (Frankfurt a. M.), Prof. Dr. Sibler (Weilburg), Universitätsrat Schneider (Bad Nauheim), Privatdozent der Philosophie Dr. Hoff (Frankfurt a. M.), Dr. Gebhardt (Frankfurt a. M.), Dr. Lessing (Hannover), Dr. Traub (München). Die Vorträge finden im Hotel der Sendenbergschen Naturforschenden Gesellschaft statt. Für Näheres ist die Ausgabe von Schriften vorgesehen.

Das Zeilert der Wiener Staatslotterie. Das Zeilert der Wiener Staatslotterie für das zweite Halbjahr 1921 wird vorläufig mit 138 gegen 97,2 Millionen im ersten Semester veranschlagt. Durch die bevorstehenden Wagnereinsparungen dürfte eine weitere Delikalisierung eintreten.

H. G. Eine bemerkenswerte Marschführung brachten letzten die Hamburger Sommerpiele heraus. Direktor Ulrich Siegel und seine Schaar sind hier, wie die junge Schiller braucht: er rih der Kübermeister alle historischen Szenen vom Reibe und Spiele das Stad, wie es uns werden wird: losolae Reputationsgeburst aus Idealismus und Feind. Er selbst stellte den Scherzen Franz dar und wagte es - alle jüngsten Literaturhistoriker werden schämen - sich im zweiten Akt mit modernem Feuerwerk eine Zigarette anzuzünden, er trat auf mit Mozart, in rotem Kaiser-Kleid, hinter in hammers Morgenjude, bei der Wühenszene dem Jüngsten Gericht im Rhama. Ein Schult, ein Heils-leiter Notoff, in dem alles böse Blut alten Weils zuammengeronnen ist. Gestalt aus einer inneren Linie; auch in der Vorkellung ohne jede Spur Kommodiantentums (will was heißen). Die Klüber erschienen in Stahlhelmen, überreichlichen Goldarmbändern, in Schiller-tragen, mit roten Fahnen. Hoher trag Märofenküst. Alles junge Menschen. Die Studenten aus Leipzig - ja, so wären sie heute, unsere akademischen Jungen, wenn sie stets vom Barmate des Jahrgangs 1789 wären. Das Bild war ein glühendem Atem durchweht - so muß die Atmosphäre bei der Herausführung von "Marie de Sige" gestimmt. In einem Augenblick haben die Hauptrollen gewonnen. Tränen in die Augen Menschen in Rot. Und in Rück: Was liegt daran? Wenn nur das Leben weiterläuft. Unendlich lang Ballenspins Soger herein: Rücklauf Kame-

aden!" "Aber kein Schult istette den Hauptmann!" Menschen umhären Karl Moor, der hochgereicht dastet. Die Mariekläre sagt mir: ein. Und diese Karl Moor! Leo Neuk macht ihn zum mensichlichen der Menschen. In seinem Gesicht war das Licht der Jugend des guten Glaubens, zum Schluß die Weisheit des noch Jnnen Ge'anten, des Erkennenden. Alle Künstler, die mitwirkten, waren Menschen, keine Komödianten. (Die Aufführung scheint gründlich mit aller Schabone gebrücht zu haben. Monotel - Cigarette - Schahine: ein großes Experiment! Aber die Sache hat auch etwas für sich. D. Red.)

Sport der "Saale-Zeitung".

Voransagen für Berlin-Brandenburg.

Freitag, den 7. Oktober.

1. R.: Colberg - Rosenhammer. 2. R.: Gestüt Grabis - Wispel. 3. R.: Dorbeer - Krenlein. 4. R.: Parkshur - Wühlung. 5. R.: Elera - Weier. 6. R.: Alarid - Gafz - Bianca. 7. R.: Oberfeldher - Mairavrag.

Sportverein 98, Hochleistung. Freitag, abends 8 Uhr, Besprechung im Saalhaus. Sonntag, Wettspiel gegen Grünheim-Bitterfeld 1. Treffpunkt 1/2 Uhr Saalbahnhof.

Zu dem 2. und 3. Saale-Elkterau gegen Nordwestfalen 1. Klasse, das am Sonntag auf den Arnimplatz in Leipzig stattfinden, stellt der Saale-Elkterau folgende Mannschaften: Jähner (Zeiser B. C.); Georgi (Zeiser B. C.); Reinhardt (Weihen, E. C.); Menzel, Werner, Nothe (sämtlich Turn und Kalenpieler Weihenfelds); Große, Goldmann (beide Zeiser B. C.); Herz (Zeiser Spielvereinigung); Ernst (1605, Naumburg); Soppe (Zeiser Spielvereinigung).

Vermishtes.

Der Fremdenverkehr Groß-Berlins übertraf im September mit 127,332 Gästen den August im 1871, durch S. D. Dietrich, Hermann Köhler und Wilhelm Meißner, die gemeinsam einen Fabrik hier gründeten. Später haben sie sich in friedlicher Weise getrennt und eigene Fabriken ins Leben gerufen, die alle drei zu hoher Blüte gelangt sind. Sie beschäftigen eine jede Hunderte von Arbeitern und Angestellten.

Ein deutsches Industriepropagandabüchlein. Der vier-mastige, mit einem Hilfsmotor ausgerüstete Segler "Schwalbe" geht mit einer Industrierausstellung an Bord am 10. Oktober von Kiel aus in See, um in Dänemark, Schweden, Frankreich, Portugal, Spanien, Italien, Griechenland und Ägypten Säfen anzulanden und den Besuchern des Schiffes Kenntnis von deutschem Fleiß zu geben. Gleichzeitig befindet sich eine Künstlertruppe der Gledhorn-Gesellschaft an Bord, um in den genannten Ländern Aufnahmen für drei dramatische Filme aus mehreren Verfilmungen zu machen. Das originale, unter der Leitung der Herren Hans Eichhorn und Will von Heber stehende Unternehmen ist ein befruchtender, von den Reichsbehörden unterstützter Versuch, der deutschen Auslandspropaganda neue Wege zu bahnen.

Für 50 000 Mark Oberhemden wurden im Geschäft von Max Schumann, Königsberger Straße 3 in Berlin in der Nacht vom 4. zum 5. Oktober gestohlen. Für die Wiederbeschaffung ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Fahlschminderbande in Paris. Der Pariser Polizei gelang es, einer weitverzweigten Fahlschminderbande auf die Spur zu kommen, die im letzten Monat Paris und Umgebung mit falschen 20-Franc-Scheinen überschwemmte. Bis jetzt sind 10 Verhaftungen vorgenommen worden.

Erbsche in der Salzsech. Chicago Tribune meldet aus Salt Lake City: Drei heftige Erbsche verurteilten allgemeine Kritik. In einem Urteile vor etwa 100 Weisen wurden sämtliche Säuler schwer erkräftigt. Schornfische kürzten ein und Bodenplaner quoll ein dieser, roter Rauch hervor. Es ist bis jetzt unbekannt, ob Menschenleben verloren gingen.

Ordnung auf dem westindischen Archipel. Im vorigen Monat sind ungefähr acht Inseln des westindischen Archipels von einem heftigen Orkan heimgesucht worden. Nur die Inseln Grenade und St. Vincent sind verschont geblieben. Eine große Anzahl Baumstämme waren verweht. Es wird mindestens fünf bis sieben Jahre dauern, ehe die Plantagen wieder vollständig herzustellen sind. Infolge der Verwüstung vieler Häuser sind Tausende von Inselbewohnern obdachlos geworden.

Unschlauer bei Scheldegänge. Eine Entschädigung des Oberverrichts ist laut dem, daß die Umformung der Feuer aus bei Eigentumsveränderungen erhoben wird, die zum Zwecke der Teilung der von Miteigentümern gemeinschaftlich besessenen Grundstücke erfolgen. Der Ehegatt ist soweit Feuerpflichtig, als der Wert des ihm übertragenden Grundbesitzes den Wert seines bisherigen ideellen Anteils an der ganzen zur Teilung gelangenden Vermögens-masse, d. h. ihre Hälfte übersteigt.

Der Verkauf des Marfalkarals in Stuttgart an die neugegründete Schloßpark-Gesellschaft ist nunmehr erfolgt. Der Kaufpreis beträgt rund 16 1/2 Millionen Mark. Es ist die Errichtung eines großen Hotels beabsichtigt.

Erlager in Tirol? Dem Allgemeinen Tiroler Anzeiger zufolge sind in der Umgegend von Inntal Erlager entdeckt worden, die anscheinend so reich sind, daß sich der Abbau lohnen würde, wenn die nötigen Kapitalien für die Anlagen aufgebracht werden könnten.

Die rechte Seite des Großherzogs sind die Lageräume der Kaiser-Großherzogin Maria von Baden, der Firma Leonard Gerlach G. m. b. H. und der Firma Karl Deller, die an der Gledhorn in Leipzig veräußert worden. Der Sohn er mirte auf über eine Million Mark gerichtet. Bei den Auktionsarbeiten haben der Oberverrichter Gerlach und der Feuermann Weber sowie ein freiwilliger Helfer Versteigenen

erhalten. Die beiden Eigengemanten mußten ins Krantenhaus gebracht werden.

Ein Fehler. Auf der: "Wie können Sie für den überfahrenen Hund so einen unerschämten Preis verlangen; war's überhaupt ein edler Dadel?" - "Das sehen Sie doch an den trummern Beinen!" - "Ah, trumme Beine habe ich auch!"

Der Unterchied. - "Na, Lehmann: wissen Sie auch, was für ein Unterchied ist zwischen lo einem Frau und Eurer kommunikativen Parier?" - "Ne, Herr Direktor!" - "Na, bei nem Frau sind die Hefen sehr wichtig und bei Eurer kommunikativen Parier die Unkräften."

Milchschändeln. - "Gegen diesen heuchlerischen Julten müssen Sie unbedingt etwas tun!" - "Ich habe gestern abend zehn Glas Glühwein getrunken!" - "Nicht über! Aber das genügt nicht!" - "Ja, mehr kann ich nicht vertragen!"

Zwangsvorstellungen. - "Bei dem Herrn Klemm ist es im Oberflüßigen nicht ganz richtig." - "Er hat wohl Zwangseinquartierung?" (Weggenborfer Blätter.)

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Einschränkung des Breitenverkehrs.

Wie wir erfahren, werden heute an der Berliner Börse die nur zu Einheitskursen gedandelten Dividendenpapiere nicht notiert. - In der nächsten Woche finden nun am Montag und Donnerstag Börsen statt, und zwar für alle Wertgattungen. Dividen und Notizen werden wie bisher täglich notiert.

Die Disconto-Gesellschaft wird in Herbst demnächst eine der lokale Wogbezug unterstellte Zweigstelle eröffnen. Sie übernimmt gleichzeitig die beiden altangehörigen Bankgeschäfte E. Gerlich und Herrn. Müller beiseite. Die bisherigen Inhaber dieser Firmen, Geh. Kommissionsrat Herrn. Krüge, Hermann Müller und Frh. Dietrich treten in die Dienste der Disconto-Gesellschaft und übernehmen die Führung der Geschäfte der neuen Niederlassung in den bisherigen Geschäftsräumen.

Produktenbericht.

Berlin, 6. Oktober. (Telegramm.) Die Abwicklung der Produktionsgeschäfte ist fortgesetzt sehr empfindlich unter der täglich zunehmenden Knappheit an Eisenbahnwagen. Reis war wegen der rgeren Preisveränderungen und der am Dienstag eingetretenen Gemattung merklich billiger zu kaufen. Der Preisstand für die übrigen Getreidearten hat sich nicht wesentlich verändert. Weizen war bei knappem Angebot in größerer Ware behauptet. Für bahnhafende Ware wurde etwas mehr bezahlt. In Roggen findet das Angebot nach wie vor gute Unterkunft. In Gerste hält die Nachfrage an und in Hafer ist das Angebot knapp. Die Pferdehalter sind in zunehmendem Maße gute Käufer. Weizenmehl blieb reichlich angeboten, wogegen Roggenmehl knapp ist. In den übrigen Artikeln hat sich nichts verändert.

Wirtschaftliche Produktnotierungen.

Berlin, 6. Okt. (Telegramm.) Weizen märkischer 233-234, ruhig. Roggen märkischer 185-187, befristet. Wintergerste 215-220, Sommergerste 255-270, ruhig. Hafer märkischer 192-195, medienbürger 192, jeft. Weis La Plata Oktober-Januar 174-175, ohne Prozenzangabe Oktober-Januar 171-172, abgemischt. Weizenmehl 625 bis 675, behauptet. Roggenmehl 460-520, feiner. Weizenmehl 125-130, ruhig. Roggenmehl 125-135, ruhig. Raps 390-410, Rüböl 5 Mt. unter Rapspreis, ruhig. Vitoriaerl 310-325. Kleine Speiseöl 210-240. Suttererl 190-200. Weizenöl 180-185. Lupinen, blau 100-115, gelbe 110-120. Rapskuchen 140-150. Leinsuchen 260-240. Trodenfisch prompt 125-126. Weizenfaat 350-365, still.

Wahlfahrtverträge.

Berlin, 6. Okt. (Telegramm.) Weizen und Roggen-Froh brüchigpreis 22-24, Sparrtrich bito 25-26, feige-bundelles Getreid 18-20, Sengtrich bito 21-23, Weizenheu gut, gesund und trocken, Normsch 69-77, Normsch 65-68, Weizenheu gut und trocken 54-60, Kleehau 88-100, Alles ab Stationen.

Metallnotierungen.

Berlin, 6. Okt. (Telegramm.) Raffinades Kupfer 98 bis 99proz. 3000-3025; Erz-Glättenmehl 1100-1125; Erz-Glättenmehl im freien Verkehr 1160-1200; ab Edsch. Güte Preis des S. S. 1262; Remetel Platznotiz 900-950; Erz-Glätten-Aluminium 98-99proz. (in getriebenen Blöcken) 4650-4750; Erz-Glätten-Aluminium (in Walzbrat) oder Drahtformen) 4850-4950; Zinn (Banca, Straits, Austral) 7200-7300; Glättensinn mindestens 99proz. 7000-7100; Reinmetall 98-99proz. 6200-6300; Antimon 1175-1225; Silber in Barren ca. 900 fein für 1 Kilo. 2400-2425; Elektrolytkupfer (per 100 Kilo) 8577.

Banknoten.

	6. Okt.	5. Okt.	6. Okt.	5. Okt.
	Gold	Silber	Gold	Silber
Amerikanische . . .	1000-5 Doll.	119,95	120,25	124,90
Belgische . . .	2 u. 10 Fr.	118,80	119,15	123,85
Dänische . . .	100 Kr.	85,4	85,60	87,40
Englische . . .	100 Rs.	2297,55	2272,50	232, . 2,25.
Frankreich . . .	100 Fr.	456,50	457,50	470,75
Finländische . . .	100 Finn. M.	174,75	175,25	178,50
Italienische . . .	100 Lire	874, .	876, .	889, .
Japanische . . .	100 Yen	392,1	392,7	402,75
Portugiesische . . .	100 Esc.	484,50	485,50	491,50
Russische . . .	1000 R.	1458,50	1461,50	1533,50
Schwedische . . .	100 Kr.	4,05	4,15	4,90
Österreichische . . .	100 Sch.	105,75	106,25	105,15
Spanische . . .	100 Ptas.	279,75	274,25	280,7
Österreichische . . .	100 Kr.	213,25	218,25	219,25
Polnische . . .	100 Zlot.	1573,25	1576,75	1620,25
Indische . . .	100 Ru.	130,25	130, .	130, .
Japanische . . .	100 Yen	126,75	127,25	129,75

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Kommunalpolitik: Eugen Brinckmann, für Feuilleton und Beilagen: Martin Buchtmann, für Lokales, Gericht und Vermischtes: Dr. Karl Beer, für Sport und Provinz: Curt Graf, für Angelegenheiten: K. Reineke. Verlag und Druck: Saale-Zeitung, G. m. b. H.